

, URL: <http://www.swp.de/goepplingen/nachrichten/suedwestumschau/art4319,529899>

Autor: EDGAR NEUMANN, DPA | 23.06.2010

Unruhe in der Südwest-CDU

Stuttgart. **Die Unruhe in der Südwest-CDU um die soziale Ausgewogenheit des Sparpakets wächst. Ministerpräsident Mappus hält sie für gesichert. In seiner Partei wollen aber manche Reiche stärker zur Kasse bitten.**



Regierungschef Stefan Mappus: Sozialpaket ist ausgewogen. Foto: dpa

Die CDU im Land ringt um den richtigen Kurs zwischen drastischen Sparmaßnahmen und sozialer Balance. Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) wies gestern erneut Kritik am Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung zurück, zeigte sich aber offen für Nachbesserungen. Die geplanten Kürzungen der ersten Sparrunde seien sozial ausgewogen, sagte Mappus nach der Kabinettsitzung im südbadischen Neuenburg. In einem zweiten Schritt seien eine höhere Kapitalertragssteuer und eine Finanztransaktionssteuer denkbar: "Darüber kann man mit mir reden."

CDU-Landesvize Thorsten Frei hatte höhere Steuern für Kapitalerträge angemahnt, damit es sozial gerecht zugehe: "Diejenigen, die mit ihrem Geld immer mehr Geld machen, sollen einen größeren Beitrag leisten als bisher und damit diejenigen stützen, die durch ihre harte Arbeit gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität garantieren."

Der Landechef der CDU Sozialausschüsse, Christian Bäuml, unterstützte dies und Mappus Plädoyer für eine Finanztransaktionssteuer: "Wir fordern darüber hinaus eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener ab einem Einkommen von 250 000 Euro." Darüber müsse kommenden Montag im CDU-Landesvorstand gesprochen werden. Auch der CDU-Fraktionschef im Landtag, Peter Hauk, hatte für einen höheren Spitzensteuersatz plädiert.

Mappus sagte: "Es kann nicht darum gehen, dass wir uns für den normalen Steuerzahler wieder schöne Steuererhöhungsprogramme ausdenken, sondern wir müssen mehr denn je an den Finanzmärkten holen. Das sind die Verursacher dessen, was wir gerade zu bewältigen haben." Er fügte an: "Ich bin auch sehr dafür, dass man da relativ rasch zu Ergebnissen kommt."

Kritik am Sparpaket kam auch aus der Südwest-FDP: Sozialexperte Ulrich Noll kritisierte die Einschnitte für Langzeitarbeitslose als "soziale Unwucht". "Bei Hartz-IV- Empfänger das Elterngeld wegzunehmen, ohne die Regelsätze für Kinder zu erhöhen, ist krottenfalsch." Dabei habe das

Verfassungsgericht angemahnt, die Kinder von Langzeitarbeitslosen besser zu stellen. Er befürchtet, dass einseitige Kürzungen bei sozial Schwachen den Liberalen zur Last gelegt werden: "Die Vorurteile gegen die FDP werden mit solchen Beschlüssen befördert." Dagegen mahnte Justizminister Ulrich Goll (FDP): "Die Diskussion wird im Moment ein bisschen schief geführt beim Sparpaket, weil man konsequent daran vorbei sieht, dass in den vergangenen Jahren das Geld ja beim Mittelstand geholt wurde."

CDU-Landevize Frei sprach sich dafür aus, den reduzierten Mehrwertsteuersatz abzuschaffen, der für Tiernahrung, Zeitschriften, Schnittblumen und seit Januar auch für Hotelübernachtungen gilt. "Ausnahme sollten nur Grundnahrungsmittel sein." Das bringe dem Staat Mehreinnahmen, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm

Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung/td>
